



Pressemitteilung

Ansbach, 21. Juni 2011

Protokolle der nicht-öffentlichen Tagung der „Lärmschutzkommission“ vom Mai liegen vor:

Keine flugfreien Tage, dafür verstärkt Flüge nachts und an Wochenenden – BI: Keinerlei Fortschritt

Minimalforderungen der OB nicht erfüllt – vermehrt Klagen aus Landkreis – Flugzahlen unbekannt

Mitglieder der Bürgerinitiative „Etz langt's!“ (BI) haben jetzt von Armeeseite die Protokolle der nicht-öffentlichen Sitzung der sogenannten „Lärmschutzkommission“ vom 06. Mai 2011 in Katterbach zugespielt bekommen und diese ins Deutsche übersetzt. Aus den Dokumenten geht hervor, dass das US-Militär Minimalforderungen der teilnehmenden Bürgermeister der Region Ansbach nicht einen Millimeter entgegen gekommen ist.

So wurde etwa der Wunsch der Ansbacher Oberbürgermeisterin nach „flugfreien Tagen“ (siehe FLZ 30.03.11) abschlägig beschieden. Vielmehr kündigte die US-Armee laut Protokoll verstärkt Nachtflüge während der Sommermonate an. An jedem Montag und Dienstag solle sogar bis nach Mitternacht geflogen werden. Nach den Flugbestimmungen müssten dafür jedoch „Kompensationstage“ eingelegt werden, was durch die Einstellung der Flüge an Freitagen nach 15.00 Uhr erfüllt werde. Allerdings erklärte das Militär im selben Atemzug, dass „Wartungsflüge“ jederzeit auch nach offizieller Beendigung der Flüge stattfinden könnten. Gleichzeitig räumte die Armee auf Nachfrage ein, dass immer noch nicht genügend Ausbilder in Katterbach seien, sodass Parallel- oder Massenstarts weiterhin an der Tagesordnung sein könnten. Zudem wurde bekannt, dass die Einheit zusätzlich Wochenendflüge ihrer Kampfhubschrauber beantragen will, was das de-jure existierende Wochenendflugverbot für Ansbach-Katterbach de-facto weiter aushöhlen würde.

Im Rahmen der Auswertung der Protokolle erklärte der BI-Vorstand: „Die Unterlagen beweisen, dass die Lärmschutzkommission keinerlei Fortschritte für die Gesundheit und Lebensqualität der unter dem Fluglärm leidenden Bevölkerung erreicht hat. Die Hoffnung auf freiwilliges Entgegenkommen des Militärs hat sich als Schall und Rauch erwiesen. Nur eine deutliche Reduzierung der Kampfhubschrauber und konsequente gesetzliche Beschränkungen des Hubschrauberbetriebs in Ansbach garantieren eine spürbare Entlastung der Bürger.“ Um Druck auf die verantwortlichen Bundesbehörden und die Politik auszuüben, hat die BI bereits im Mai eine verstärkte Zusammenarbeit von Stadt und Landkreiskommunen angeregt. Nach den im Protokoll dokumentierten vermehrten Klagen und kritischen Wortmeldungen von Bürgermeistern des Landkreises, etwa aus Heilsbronn, Petersaurach oder Burgoberbach, sollten Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens im Interesse der Bevölkerung weiter vertieft werden.

Kopfschütteln herrscht bei der BI indes über die Verheimlichung der Anzahl der Flüge und der Flugstunden gegenüber der „Lärmschutzkommission“. Die Armee erklärte, eine Berechnung sei „zu aufwändig“ (obwohl Monatsberichte hierüber an das Hauptquartier in Heidelberg verfasst werden).

Der BI-Vorstand vermutet hinter dieser Nicht-Information die Sorge des Militärs, aus der Anzahl der Flugstunden könnte die Gesamtbelastung durch Schadstoffe in der Luft, die durch die US-Basis verursacht wird, errechnet werden (ein Kampfhubschrauber emittiert in einer einzigen Stunde soviel CO² wie ein PKW auf rund 40.000 Kilometern).

Derweil hat BI-Vorsitzender Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer den Innenminister Joachim Herrmann zu Gesprächen mit Fluglärm betroffenen im Rahmen dessen angekündigten Besuchs in Katterbach eingeladen.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher